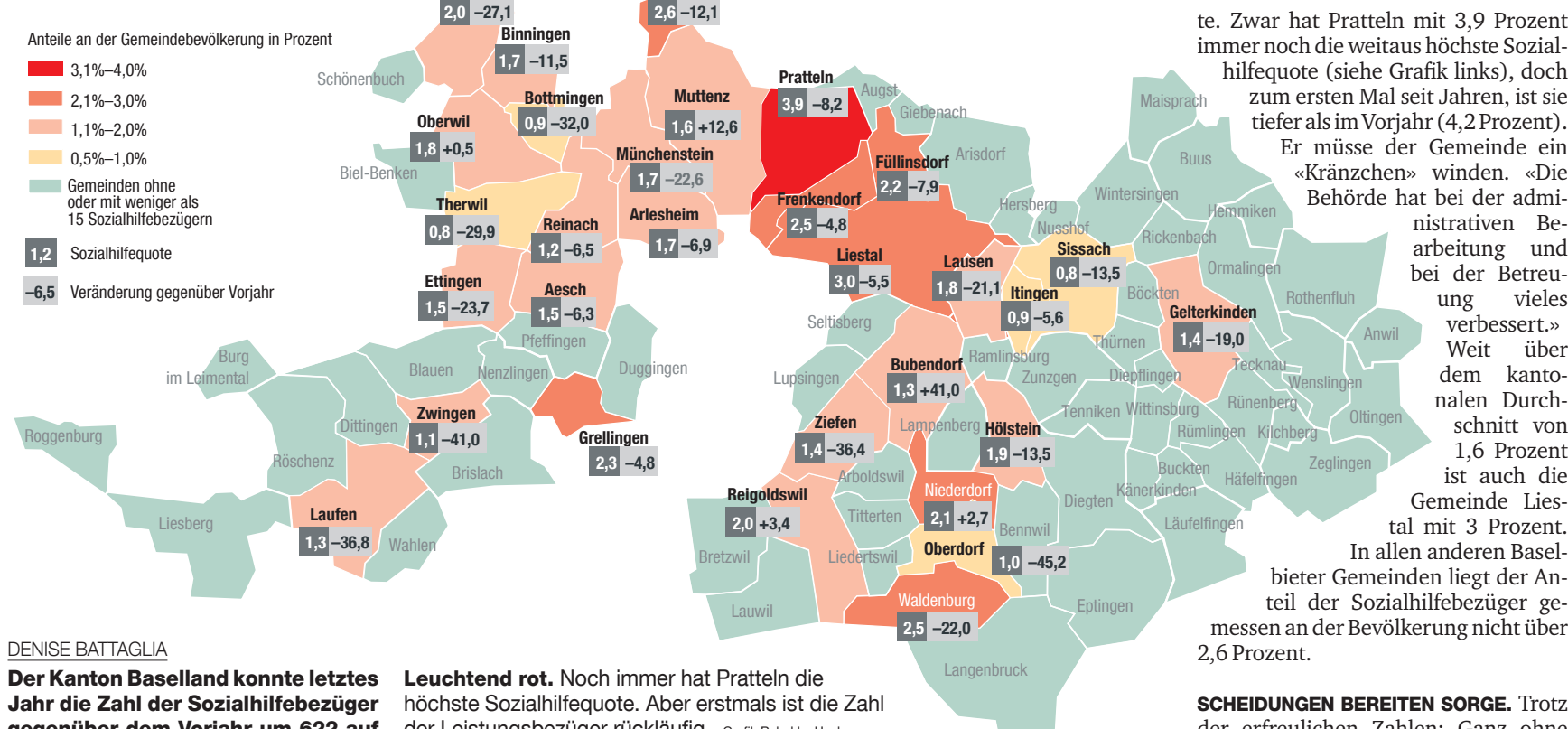


Nur noch 4330 Sozialhilfebezüger

35 Prozent der Sozialhilfebezüger im Baselbiet sind alleinerziehende Frauen

SOZIALHILFEBEZÜGER IN DEN GEMEINDEN



nachrichten

Kommissionsentscheid erntet Beifall

LIESTAL. Das Komitee «Privatschul-Initiative Nein» begrüsst die deutliche Ablehnung der Initiative «Bildungsvielfalt für alle» durch die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats. Die Initiative wolle Privatschulen auf Kosten der öffentlichen Schule und der Steuerzahler fördern. Die Landratskommission beurteile die Initiative «zu Recht als undurchdacht und zu radikal».

Geld von Landverkauf fliesst in Pumpwerk

TENNIKEN. Die Gemeinde Tenniken verkauft der Firma Rego-Fix AG Gewerbeland für gut eine Million Franken. Das Geld muss die Gemeinde jedoch umgehend wieder investieren. Die Folgekosten aus dem Landverkauf für ein neues Grundwasserpumpwerk und die Verlegung einer Strasse belaufen sich nämlich auf gut 1,4 Millionen Franken. Dank der Anschlussgebühren sei das Geschäft für die Gemeinde unter dem Strich ein Nullsummenspiel, sagte Gemeindepräsident Erich Wiesner an der Gemeindeversammlung. Indirekt erhalte sie gar einen Mehrwert: Das Pumpwerk ist rund 60-jährig und hätte so oder so saniert werden müssen. uf Mehr dazu in der «Volksstimme»

te. Zwar hat Pratteln mit 3,9 Prozent immer noch die weitaus höchste Sozialhilfequote (siehe Grafik links), doch zum ersten Mal seit Jahren, ist sie tiefer als im Vorjahr (4,2 Prozent). Er müsse der Gemeinde ein «Kränzchen» winden. «Die Behörde hat bei der administrativen Bearbeitung und bei der Betreuung vieles verbessert.» Weit über dem kantonalen Durchschnitt von 1,6 Prozent ist auch die Gemeinde Liestal mit 3 Prozent. In allen anderen Baselbieter Gemeinden liegt der Anteil der Sozialhilfebezüger gemessen an der Bevölkerung nicht über 2,6 Prozent.

SCHEIDUNGEN BEREITEN SORGE. Trotz der erfreulichen Zahlen: Ganz ohne Sorgen ist Rudolf Schaffner nicht. «Das grösste soziale Problem sind die Scheidungen», sagt er. Das heisst: Viele Paare können sich eine Trennung finanziell gar nicht leisten. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter, die Sozialhilfe beziehen. Der Anteil stieg letztes Jahr von 33 auf 35 Prozent.

Je kleiner die Kinder sind, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass die Alleinerziehende auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Und je länger die Alleinerziehende Sozialhilfe braucht und nicht arbeitet, desto grösser ist die Gefahr, dass sie sich nicht mehr aus der Abhängigkeit vom Staat befreien kann. Denn es hat sich gezeigt, dass jene, die weniger als ein Jahr lang sozialhilfeabhängig waren, schneller wieder eine Beschäftigung finden und sich selbst finanzieren könnten, als Langzeit-Bezüger. «Das liegt aber nicht daran, dass sie nur kurze Zeit Sozialhilfe beanspruchten», sagt Rudolf Schaffner, «sondern daran, dass sie fürs Berufsleben besser qualifiziert sind als die Langzeit-Fälle.»

Deshalb rät Schaffner jeder Frau, die den Anschluss in ihrem erlernten Beruf nicht verlieren wolle, «stets einen Fuss im Erwerbsleben zu behalten – und wenn es nur eine Teilzeitstelle von 20 Prozent ist».

Leuchtend rot. Noch immer hat Pratteln die höchste Sozialhilfequote. Aber erstmals ist die Zahl der Leistungsbezüger rückläufig. Grafik Rebekka Heeb

also teilweise nur die finanzielle Belastung verschoben», sagt Schaffner.

37 MILLIONEN ZURÜCK. Die Abwälzung auf andere Sozialwerke wird vom kantonalen Sozialamt sogar gefördert. Das werde vom Gesetz so vorgegeben, sagt Schaffner. Er selbst klärt in Schulungen die Mitglieder von Sozialhilfebehörden auf, bei wem und wie sie Geld für ihre Sozialhilfempfangler ein- oder zurückfordern können. So verlange er von ihnen abzuklären, ob die Sozialhilfebezüger Anspruch auf Prämienverbilligung, Stipendien, Invalidenrente oder Leistungen von privat abgeschlossenen Versicherungen hätten; ob ältere Betroffene Pensionskassengelder vorbeziehen oder ob es noch ausstehende Leistungen aus gekündigten Arbeitsverträgen gibt.

Diese Abklärungen seien zwar aufwendig, sagt Schaffner. Doch der Aufwand lohne sich: Die Baselbieter Gemeinden konnten von den rund 77 Millionen Franken, die sie für die Sozialhilfe ausgaben, 37 Millionen Franken wieder «reinholen». Damit konnte der Nettoaufwand der Gemeinden auf 40 Millionen Franken gesenkt werden, 5 Millionen weniger als im Vorjahr. Jede

Gemeinde ist aber selber dafür verantwortlich, wie viel Geld über Rückerstattungen wieder in die kommunale Kasse zurückfliesst. Das kantonale Sozialamt bemüht sich nur um Verwandte «in günstigen Verhältnissen»: Es klärt laut Schaffner «beijedem Bezüger» ab, ob er wohlhabende Eltern oder Kinder hat. So konnte das Amt bei den Verwandten von Sozialhilfebezügern im letzten Jahr knapp eine Million Franken lockermachen.

TIEFERE QUOTE IN PRATTELN. Dass nicht nur die Zahl der Bezüger, sondern auch die Kosten gesenkt werden konnten, ist für Schaffner nicht selbstverständlich. Im Baselbiet gilt das Motto: «Betreuen, nicht verwalten». Um die Sozialhilfebezüger betreuen zu können, ist aber Personal nötig – und das kostet. Viele Behörden hätten sich in den letzten Jahren besser organisiert, zum Beispiel die Sozialarbeiter von administrativen Aufgaben entlastet und für die Rückerstattungsanforderungen zusätzliches Personal angestellt, lobt Schaffner. «Der Aufwand lohnt sich.»

Erfreut ist Schaffner insbesondere über die Gemeinde Pratteln, die er letztes Jahr noch «Sorgengemeinde» nann-

DENISE BATTAGLIA

Der Kanton Baselbiet konnte letztes Jahr die Zahl der Sozialhilfebezüger gegenüber dem Vorjahr um 622 auf 4330 Personen und die Kosten für die Sozialhilfe um 5 auf 40 Millionen Franken senken. Sorgen bereiten dem kantonalen Sozialamt die alleinerziehenden Frauen.

Per Ende 2007 bezogen 1,6 Prozent der Baselbieter Bevölkerung Sozialhilfe. Das sind insgesamt 4330 Personen, wie die Sozialhilfestatistik zeigt, die gestern an die Gemeinden verschickt wurde. Vor einem Jahr bezogen noch 1,8 Prozent der Baselbieter (4944 Personen) Sozialhilfe. Damit konnte der Kanton die Sozialhilfequote auf das Niveau von 2003 senken. «Wir sind nun an der unteren Grenze angelangt», sagt Rudolf Schaffner, Vorsteher des kantonalen Sozialamts. «Viel tiefer wird die Quote nicht mehr sinken.»

Den Rückgang führt Schaffner vor allem auf die bessere Wirtschaftslage zurück: Fast zwei Drittel (64 Prozent) der ehemaligen Leistungsbezüger können wieder selber für sich sorgen. Die restlichen 36 Prozent sind teilweise nur theoretisch eine Entlastung: So wechselten zum Beispiel 15 Prozent der Leistungsbezüger den Wohnort. Ob sie auch dort Sozialhilfe beziehen, weiss das kantonale Sozialamt nicht. Oder 17 Prozent wechselten zu einer anderen sozialen Institution wie beispielsweise die Invalidenversicherung. «Hier wurde

Von Bidder neuer EVP-Präsident



PRATTELN. Der neue Präsident der EVP Baselland und Nachfolger von Theo Weller heisst Urs von Bidder. Die Parteiversammlung hat den Binninger Landrat am Dienstag in Pratteln einstimmig gewählt. Gleichzeitig hat die Partei ihre Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 28. September gefasst. Die EVP sagt jeweils mehrheitlich Nein zur Initiative «Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr» und Ja zur Baselbieter Beteiligung am «Messezentrum Basel 2012».

Letzte Bauparzellen werden erschlossen

WINTERSINGEN. Die Gemeindeversammlung von Wintersingen bewilligte für das Vorhaben am Dienstag einen Gesamtkredit von 1,23 Millionen Franken. Entgegen der Vorlage des Gemeinderats sprachen sich die Stimmbürger dafür aus, dass die Entwässerung vollständig im Trennsystem zu erstellen sei und stockten den beantragten Kredit um 55 000 Franken auf. Den grössten Teil der Investition wälzt die Gemeinde auf die Grundeigentümer an der neuen Strasse ab. Mit dieser dritten Etappe des Gebiets Grueb ist nun sämtliches Bauland in der Rebbaugemeinde erschlossen. chr Mehr dazu in der «Volksstimme»

Spitex lädt zum Tag der offenen Tür

SISSACH. Am kommenden Samstag, 30. August, lädt die Spitex Sissach und Umgebung zum Tag der offenen Tür ein. Im Untergeschoss des Zentrums für Pflege und Betreuung Müllmatt, Teichweg 9, informiert die Institution über ihre Arbeit und über neue Projekte.

glückwunsch

Diamantene Hochzeit

TECKNAU. Heute Donnerstag dürfen Anna und Willy Brack-Strüby an der Dorfstrasse 6 in Tecknau das Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Die Basler Zeitung gratuliert den Jubilaren und wünscht ihnen für die Zukunft viele frohe, gemeinsame Stunden. gratulationen@baz.ch

Kanton will Mitarbeiter befragen

Zufriedenheit im Test

ARBEITSSITUATION. Die Baselbieter Regierung führt erstmals eine schriftliche Umfrage zur Arbeitszufriedenheit bei den Mitarbeitenden durch. Wie die Finanz- und Kirchendirektion gestern mitteilte, erfolgt die Befragung in Zusammenarbeit mit den Personalverbänden. Durchgeführt wird sie vom Beratungs- und Forschungsunternehmen Empiricon AG zwischen dem 16. September und dem 3. Oktober 2008.

Bei der Befragung sollen die Mitarbeitenden der Verwaltung, der Gerichte, der Strafverfolgungsbehörden sowie der Polizei die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeitssituation unter den Aspekten Arbeitsinhalt, Arbeitsklima, Zusammenarbeit sowie Führung und Kommunikation zu beurteilen. Die Resultate der anonymen Umfrage sollen als Grundlage für allfällige Massnahmen dienen. Die Spitalbetriebe führen in diesem Jahr eine eigene Umfrage durch. Im nächsten Jahr soll das Personal von Schulbetrieben und Reinigung befragt werden. Gu

Messe soll für Darlehen zahlen

Komitee gegen 50-Millionen-Beitrag an Messeumbau eröffnet Abstimmungskampf

DAVID THOMMEN

Der Messe Schweiz AG soll für den Ausbau in Basel Geld geliehen, aber nicht geschenkt werden, sagen drei prominente Baselbieter SVP-Mitglieder, die im Alleingang das Referendum gegen die vom Landrat beschlossene Messefinanzierung ergriffen haben.

Mehr als 350 Millionen Franken dürfte das neue «Messezentrum Basel 2012» kosten. In Basel-Stadt hat das Volk dem Projekt vor den Sommerferien deutlich zugestimmt. Im Baselbiet kommt die Vorlage, bei der es um die Mitfinanzierung geht, erst am 28. September vors Volk, was einem Regiefehler gleichkommt. Dass nicht in beiden Kantonen zeitgleich abgestimmt werden kann, hat laut der Baselbieter Regierung damit zu tun, dass das Referendum gegen den Landratsbeschluss im Baselbiet erst in letzter Minute ergriffen worden sei. Die Zeit für die Meinungsbildung bis zum Basler Abstimmungstermin sei somit nicht ausreichend gewesen.

3300 Unterschriften haben die drei SVP-Mitglieder Christian Miesch (Nationalrat), Karl Willmann und Hans Jürgen Ringgenberg (Landräte) zusammengetragen – ohne offizielle Unterstützung ihrer eigenen oder einer anderen Partei. Allein dieser Sammelerfolg belege, dass das Volk eine Mitsprache wünsche, sagte Miesch gestern zum Auftakt der Abstimmungskampagne des Mini-Komitees. Dass der Kanton Baselstad den Messeausbau mit einem

«20-Millionen-Geschenk» und zusätzlich mit einem zinsfreien 30-Millionen-Darlehen unterstütze, sei ein «ordnungspolitischer Sündenfall». Denn bei der Messe handle es sich um eine Aktiengesellschaft, an welcher Private mit 51 Prozent der Mehrheit hielten. Sie gebärde sich auch wie ein Privatunternehmen und habe beispielsweise für den Bau des neuen Zentrums keinen Wettbewerb ausgeschrieben.

«WIRTSCHAFTSFILZ». Willmann zeigte auf, dass die Messe-Aktie eine grosse Wertsteigerung erfahren habe, nachdem bekannt geworden sei, dass die öffentliche Hand den Messeausbau unterstützt. Davon profitiert hätten die privaten Aktienbesitzer, die ihrerseits nur wenig Geld zum Ausbau beisteuerten. Auch wenn die Messe eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung in der Region habe, seien solche «Geschenke» aus den Kassen der öffentlichen Hand nicht statthaft. Andere Unternehmen seien ähnlich bedeutend, erhielten aber kein Geld vom Staat, sagte Miesch.

Das Finanzierungsmodell sei vom «Wirtschaftsfilz in beiden Basel» ausgehandelt und von den Parlamenten durchgewinkt worden. In Basel und Liestal habe sich trotz des verbreiteten Missbehagens niemand ernsthaft getraut, den im Messerverwaltungsrat vertretenen Regierungsräten zu widersprechen. Auch die SP habe ihre Prinzipien über Bord geworfen, sagte

Willmann. Die Kosten für die Investition trage die öffentliche Hand, der Gewinn aber werde zum grösseren Teil privatisiert.

Ringgenberg sagte, dass das Referendumskomitee nichts dagegen einzuwenden habe, wenn der Kanton Baselland Geld für den Messeausbau bewillige. Aber es müsse sich um verzinsliche und rückzahlbare Darlehen handeln. Die Messe, die grosse Jahresgewinne schreibe und über riesige Reserven verfüge, sei in der Lage, die Investition ordentlich zu refinanzieren.

Keine Schwierigkeit sieht Miesch darin, dass laut einer Übereinkunft die Messefinanzierung auch in der Stadt nur dann ausgelöst werden kann, wenn beide Kantone zugestimmt haben. Laut Miesch würde mit einer Ablehnung der Vorlage im Baselbiet der Ausbau nicht gefährdet, wobei die Antworten hier nicht in die Tiefe gingen: «Glauben Sie mir einfach, es wird weitergehen», sagte er vor versammelter Journalistenschar. Dürftig blieb auch die Antwort auf die Frage, wer für den Abstimmungskampf zahlt. Miesch sagte zwar, dass das Komitee einen Donatoren gefunden hat, den Namen wollte er aber nicht preisgeben.

Das Komitee, das den Baselbieter Beitrag zugunsten des Messezentrums unterstützt, wird seinen Abstimmungskampf am kommenden Dienstag eröffnen. Die Argumente des Nein-Komitees im Internet: > www.messe-millionen.ch